

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/73

15. April 1976

Das Kernstück im neuen Eherecht

---

Gerechter und solidarischer Versorgungsausgleich

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Seite 1 / 43 Zeilen

Europa ist keine Domäne der Technokraten

---

Plädoyer für eine Charta der EG-Bürgerrechte

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments und des SPD-Fraktionsvorstandes im Bundestag

Seite 2 und 3 / 69 Zeilen

Die CSU-Misere der Bundeshauptstadt

---

Die Union ist für das Finanzelend allein verantwortlich

Von Peter Pollmann

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Seite 4 und 5 / 89 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

---

Guter Wille genügt nicht

---

Oder: Warum der Genosse Klein noch nicht zur Mitarbeit kam

Seite 6 und 7 / 82 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus 4, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 33  
Telex: 06 06 046 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

### Das Kernstück im neuen Eherecht

#### Gerechter und solidarischer Versorgungsausgleich

Von Marie Schlei, MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Kernstück des jetzt verwirklichten neuen Eherechts ist für Sozialdemokraten der Versorgungsausgleich, der sicherstellt, daß in der Ehe erworbene Versorgungsansprüche bei einer Scheidung gleichmäßig Mann und Frau zugute kommen. Dieser gerechte und solidarische Ausgleich war durch das Verhalten der Opposition bis zuletzt gefährdet.

CDU und DSU wollten den Männern das Recht zugestehen, noch ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes durch einseitige Erklärung die bereits entstandenen Versorgungsrechte der Frau auszuschließen. Außerdem wollten sie im Scheidungsfall eine Entscheidung über den Versorgungsausgleich nur auf Antrag. Wenn sich die Opposition in diesen Fragen hätte durchsetzen können, so hätte dies für bereits verheiratete Frauen bedeutet, daß durch einseitige Erklärung ihres Mannes vom Gesetzgeber gegebene Rechte wieder hätten beseitigt werden können. Zugleich wäre das Gesetz für ein Jahr lang zu einer Geißel in der Hand des Mannes geworden. Durch Drohung, den Versorgungsausgleich zu entziehen, hätten Männer Wohlverhalten erpressen können.

Kaum weniger empörend war die Forderung der Opposition, daß über den Versorgungsausgleich vor dem Familiengericht nur auf Antrag entschieden werden sollte. Im Ergebnis der Praxis wäre dies darauf hinausgelaufen, den Versorgungsausgleich formlos und damit unter Umgehung der gesetzlichen Vorschriften auszuschließen.

Der Kompromiß, den der Vermittlungsausschuß schließlich für den Versorgungsausgleich gefunden hat, ist nicht frei von Schönheitsfehlern. Die Handschrift der Opposition, die offensichtlich immer noch davon ausgeht, daß die Frau des Mannes Untertan sein soll, ist darin zu erkennen. Trotzdem konnten wir dem Kompromiß zustimmen, weil das Prinzip des Versorgungsausgleichs in einem Eherecht, das die Opposition noch vor wenigen Monaten als männerfeindlich, frauenfeindlich, familienfeindlich und volksfeindlich bezeichnet hat, von der sozial-liberalen Koalition durchgesetzt worden ist.

Da, wo die Opposition das geschlossene System des Versorgungsausgleichs durchbrechen konnte, müssen wir durch Information der betroffenen Frauen erreichen, daß die an Gerechtigkeit und Solidarität orientierte gesetzliche Regelung im Einzelfall nicht ausgeschlossen wird. Wir müssen den Frauen klar machen, daß es ein großes Risiko ist, einem Verzicht auf den gesetzlichen Versorgungsausgleich zuzustimmen. Gefühlsmäßiger Überschwang bei der Eheschließung, aber auch die als Not empfundene Situation, ein außereheliches Kind zu haben, sollten kein Grund sein, die eigenständige soziale Sicherung aufzugeben.

(-/15.4.1976/Se/e/pr)

+ + +

- 2 -

---

Die nächste Ausgabe des SPD-Pressedienstes erscheint am 20. April 1976.

Europa ist keine Domäne der Technokraten

Plädoyer für eine Charta der EG-Bürgerrechte

Von Dr. Alfons Beyerl MdP

Mitglied des Europäischen Parlaments  
und des SPD-Fraktionsvorstandes im Bundestag

Mehr als 20 Jahre Integrationspolitik haben der europäischen Industrie einen Großraum geschaffen, in dem sie unter gemeinschaftlichen Bedingungen ihre Interessen durchzusetzen vermag, und ihr durch ein großzügiges Wirtschafts-, Steuer- und Gesellschaftsrecht zu einer rechtlichen und politischen Absicherung ihrer Betätigung verhilft. Diesem Integrationsvorsprung steht der Bürger in Westeuropa ziemlich hilflos gegenüber. Die politische Integration der Bevölkerung im Europa der Neun ist bisher weit hinter dem Europa des Kapitals, der Technokraten, Banken und Konzerne zurückgeblieben.

Demokratische Politik in Europa: Mit diesem Anspruch sind wir angetreten, das setzt aber die Schaffung von Bedingungen voraus, unter denen diese Politik auch betrieben werden kann. Dazu gehört sicherlich auch ein direkt gewähltes Parlament, dessen Berechtigung zwar unbestritten ist, wenn auch über den Zeitpunkt der Einrichtung noch Uneinigkeit besteht. Aber hat dieses Parlament nicht nur Alibifunktion, wenn die bestehenden Machtverhältnisse anderer Institutionen es ermöglichen, daß an ihm vorbeiregiert wird? Es ist unsere Aufgabe, die Europäische Gemeinschaft zu einer Gemeinschaft der Bürger zu machen und ihnen die Rechte zu gewähren, die ihre Einflußnahme in das politische und wirtschaftliche Geschehen der Europäischen Gemeinschaft und die demokratische Durchsetzung ihrer politischen und sozialen Interessen sichern.

Wichtiges Instrumentarium zur Erreichung dieses Zieles könnte eine "Charta der Bürgerrechte" sein, die eine Vereinheitlichung der politischen Rechte der Bürger der Mitgliedstaaten beinhaltet. Mit Punkt 11 des Schlusskommuniqués der Staats- und Regierungschefs vom 9./10. Dezember 1974 wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die zu untersuchen hat, "unter welchen Voraussetzungen und innerhalb welcher Fristen den Bürgern der neun Mitgliedstaaten besondere Rechte zuerkannt werden können". Mit diesem Thema wird sich das Europäische Parlament in den nächsten Wochen beschäftigen.

Zur Verwirklichung einer Europäischen Union gehört es auch, daß die Mitgliedstaaten allen Bürgern die gleichen Rechte zubilligen wie ihren eige-

nen Staatsbürgern. Bei den im Kommuniké angesprochenen "besonderen Rechten" handelt es sich einmal um Rechte, die die Mitgliedstaaten den Bürgern der Gemeinschaft zuerkennen können, zum anderen um solche Rechte, die den Bürgern gegenüber den Organen der Gemeinschaft und in bezug auf das Gemeinschaftsrecht zustehen.

Bei den ersten handelt es sich um politische Rechte, die den EG-Bürgern ihre Teilnahme am politischen Leben innerhalb eines Gemeinschaftswesens ermöglichen sollen. Dabei geht es einmal um das aktive und passive Wahlrecht, wobei sich hier die Vorschläge der Kommission auf die Kommunalebene der Mitgliedsländer beschränken. Ich bin aber der Auffassung, daß langfristig das Wahlrecht auch auf andere Gebietskörperschaften erstreckt werden muß; denn dies verlangt die logische Konsequenz des Grundsatzes der Inländergleichbehandlung und der Integration im Aufnahmeland, der für die wirtschaftliche Union besteht und für die politische Union unabdingbar ist, will man bestehende Diskriminierungen, die sich aus der unterschiedlichen Behandlung Angehöriger anderer Mitgliedstaaten gegenüber den Inländern ergibt, ausschließen.

Gleichwohl scheidet eine vollständige Inländergleichbehandlung zum gegenwärtigen Zeitpunkt daran, daß die Mitgliedstaaten darin die Gefahr einer Aufweichung nationaler Souveränitäten sehen. Bei den "besonderen Rechten" sind auch die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheiten sowie das Recht auf Mitwirkung in politischen Parteien angesprochen. Hier gilt es, einen einheitlichen Standard für alle Mitgliedsländer zu finden.

Bei den Rechten der EG-Bürger gegenüber den EG-Organen kann man zwar davon ausgehen, daß die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes den materiellen Grundrechtsschutz der EG-Bürger sicherstellt, gleichwohl wird der Grundrechtsschutz der EG-Bürger erst dann befriedigend sein, wenn ihnen die Möglichkeit eröffnet ist, sich mit einer Grundrechtsbeschwerde unmittelbar gegen Akte eines Gemeinschaftsorgans an den EuGH zu wenden. Es erscheint mir wichtig, daß sich die Arbeitsgruppe auch mit diesem Problembereich auseinandersetzt und ferner auch erörtert, ob es in einem direkt gewählten Parlament ausreichend ist, das Petitionsrecht nur in der Geschäftsordnung zu begründen.

Insgesamt erscheint heute die Situation in Europa verfahrenster denn je zu sein. Der Integrationsjubiläum der 50er Jahre hat dem nüchternen und ernüchternden Kalkül der Technokraten, Bürokraten und Wirtschaftsmanager Platz gemacht und den um unsere Zukunft in der Gemeinschaft besorgten Europapolitikern häufig nur noch das Regieren überlassen. Diese Entwicklung aufzuhalten und den Interessen der EG-Bürger, die mit dieser Entwicklung nicht einhergehen, wirksam Ausdruck zu verleihen, gehört zu den wesentlichen Aufgaben auf dem Weg zu einem Europa der Bürger.

(-/15.4.1976/va/e/pr)

### Die CDU-Misere der Bundeshauptstadt

Die Union ist für das Finanzelend allein verantwortlich

Von Peter Pollmann

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Nach langem Hin und Her hat die Bundeshauptstadt Bonn Ende März den Haushaltsplan 1976 verabschiedet. Er sieht Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Höhe von 559 Millionen DM und im Vermögenshaushalt in Höhe von 376 Millionen DM vor. Die Fraktionen der SPD und der FDP haben dem von der CDU-Mehrheit im Alleingang durchgepeitschten Entwurf ihre Stimmen nicht gegeben. Die Grundlagen sind unsolid. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß nicht nur Bonn, sondern fast alle Kommunen wie auch Bund und Länder in einer Finanzkrise stehen, deren Ursachen in der Rezession der Weltwirtschaft - weltweite Inflation, Explosion der Erdölpreise und Konjunkturrückgang in den Industrieländern seit Herbst 1973 - liegen, so ist die trostlose Finanzsituation der Bundeshauptstadt weitgehend CDU-hausgemacht.

Die CDU-Mehrheit Bonns hat immer nur von Sparsamkeit geredet. In Wirklichkeit hat sie wahlwirksame Prestige-Objekte großzügig mit Millionen-Beträgen finanziert. Das im Bau befindliche Stadthaus wird mehr als 180 Millionen DM kosten. Die in Vorbereitung befindliche Bundesgartenschau 1979 in der Nähe des sogenannten Regierungsviertels wird rund 124 Millionen DM verschlingen. Die in wahren Blitzaktionen noch schnell vor den letzten Kommunalwahlen ausgebauten Fußgängerzonen in Alt-Bonn und Bad Godesberg haben mehr als zehn Millionen DM gekostet: Hier war für die CDU "nur das Beste und Teuerste gut genug". Nach den Wahlen gibt man sich nunmehr - genauso lautstark - Spars euphorien hin. Sie sind zwar Öffentlichkeitswirksam und populär, bringen aber im Ergebnis nicht viel ein. Jedenfalls können sie die desolaten Finanzsituation der Stadt Bonn nicht wesentlich verbessern.

In diesem Jahr kann der Haushaltsplan doch nur durch Manipulationen formell ausgeglichen werden. Bei den Personalkosten ist z.B. keine Steigerung vorgesehen. Im nächsten Jahr wird alles noch schlimmer sein, dann muß nämlich zusätzlich noch der ungedeckte Fehlbetrag von rund 40 Millionen DM aus dem Jahr 1975 abgedeckt werden. Die SPD-Fraktion ist deshalb für wirkliche Sparmaßnahmen eingetreten. Unsere Vorschläge, im Verwaltungshaushalt rund 16,5 Millionen DM einzusparen, sind von der CDU-Mehrheit abgelehnt worden. Genauso wie unsere Vorschläge, in bestimmten Schwarpunktbereichen bescheidene, aber notwendige Mehrausgaben vorzusehen: bei den Schulen (Vorklassen, Ausstattung der Grund-, Haupt- und Berufsschulen); für Kultur (private Theater, Orchester, Träger der Erwachsenenbildung); für den Sozialbereich (Sonderkindergärten, Übergangsheime, Begegnungsstätten, Altenplan, Reintegration); für die Jugendwohlfahrt (Jugenderholungsfürsorge, Jugendhilfe, Sonderprogramme Jugendarbeitslosigkeit) und für das Wohnungswesen (Renovierung städtischer Wohnhäuser und eine verstärkte Wohnungsbauförderung).

Weil die CDU alle Anregungen der SPD niedergestimmt hat, haben die Sozialdemokraten keine Verantwortung für den Haushaltsplan für 1976 übernommen. Wir haben "Nein" zur 15%-igen Erhöhung der Grundsteuer gesagt, weil

sonst die Mieten wieder höher klettern. Wir haben "Nein" zum geplanten Verkauf fast aller städtischen RWE-Aktien gesagt. Das RWE ist ein gesunder Betrieb, größter Energie-Produzent der Bundesrepublik. Es ist von Städten gegründet worden. Städte sollen ihren Einfluß in diesem Monopol-Unternehmen behalten. Bonn darf da nicht ausscheren. Sonst verschleudern wir Einfluß und Anlagevermögen der Stadt. Wir haben "Nein" zum Verkauf von städtischen Grundstücken an Privatleute gesagt. Gemeinsamer Besitz darf nicht zum Wohle von wenigen verschleudert werden. Die CDU-Verwaltung wollte allein Grundstücke für über 33 Millionen DM verschreiben. Die Hälfte davon will jetzt die CDU mitmachen.

Wir hätten "Ja" zu einer geringfügigen Erhöhung der Gewerbesteuer gesagt, wenn die CDU auf unsere Forderungen gehört hätte, denn wir verlangen mehr soziale Gerechtigkeit bei der Ausgestaltung der Bundeshauptstadt. Arbeitsplätze wären dadurch nicht gefährdet worden. Wenn doch immer wieder Betriebe aus Bonn abwandern, dann liegt das am Schlaf der CDU: Sie hat die Wirtschaftsförderung vernachlässigt. Es gibt kaum geschlossene Gewerbegebiete in Bonn.

Die SPD wollte sparen. Aber nicht am falschen Ende: Wir wollten keinen Abbau der öffentlichen Dienstleistungen und wir wollen nicht das von der SPD in Bund und Land festgeknappte Netz der sozialen Sicherheit auf kommunaler Ebene gefährden.

Die CDU-Ratsmehrheit hat auf die SPD nicht gehört. Für die CDU sind die Alternativen einfach: Entweder zahlt der Bund noch mehr oder die städtischen Dienstleistungen werden abgebaut. Da ersteres ungewiß ist, hat man nunmehr mit letzterem frisch und fröhlich begonnen. Die CDU nennt das "Privatisierung". Für die SPD ist das nicht der Stein der Weisen. Für den städtischen Vieh- und Schlachthof ist das zwar eine von der CDU beschlossene Sache und ihre Privatisierungsabsichten gehen weiter. Sie erstrecken sich noch auf die Verwaltungsbereiche: Müllabfuhr, Straßen- und Gebäudereinigung, Stadtgärtnerei, Straßenunterhaltung, Bauhöfe, Heilbäder. Die SPD hat hier erhebliche Zweifel, obwohl sie nicht verkennt, daß manche unbesetzte oder freiwerdende Stelle - vor allem in den sogenannten Leistungsbereichen - eingespart werden könnte. Nichts gegen Verwaltungsrationalisierung, aber sind privatisierte Verwaltungsbereiche wirklich für die Bürger billiger? Bewiesen hat dies bisher noch niemand.

Die Versuche der CDU, die Schuld an der Bonner Finanzmisere der Bundesregierung in die Schuhe zu schieben, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Bund erfüllt gegenüber seiner Bundeshauptstadt mehr als seine Pflicht. Ohne die großzügige Hilfe von Bund und Land hätte Bonn schon 1969 Bankrott erklären müssen. Weit über eine halbe Milliarde DM hat der Bund, seit die SPD die Führung der Bundesregierung übernommen hat, der Stadt Bonn zum Ausbau der Bundeshauptstadt zusätzlich zur Verfügung gestellt. Während es in den Jahren der CDU-Regierungen nur "Kleckerbeträge" für Bonn gab - der höchste Jahresbetrag betrug 1965 etwas mehr als acht Millionen DM - wird die Bundesregierung z.B. 1975 rund 122 Millionen für die Förderung kommunaler Vorhaben der Stadt zusätzlich gewähren.

Man kann daher feststellen: Ohne den Bund wären die Finanzen der Bundeshauptstadt zusammengebrochen. Aber die CDU macht es sich zu leicht, wenn sie den Bund immer nur als Kuh betrachtet, die es ständig zu melken gilt. Stattdessen sollte sie endlich ernsten Willen zu wirklicher Sparsamkeit bekunden.  
(-/15.4.1976/Se/e/pr)

## Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

### Guter Wille genügt nicht

Oder: Warum der Genosse Klein noch nicht zur Mitarbeit kam

Das Wochenblatt der Berliner SPD "Berliner Stimme" veröffentlichte am 10. April folgenden Beitrag des SPD-Mitglieds Gerd Dietrich.

Nach gründlichem Überlegen gelangte der Genosse Klein zu der Überzeugung, daß seine Partei neben der regelmäßigen Beitragsleistung doch wohl auch ein angemessenes Quantum an praktischer Mitarbeit von ihm erwarten dürfte. Und da in der engeren Nachbarschaft, im Verwaltungsbezirk, in Berlin - und darüber hinaus wagte Klein schon nicht mehr zu denken -, noch so viele Aufgaben der Lösung harren, würden zweifellos jede Hand, jeder Kopf, jeder gute Wille benötigt. In diesem Sinne wollte Heinrich Klein mitun, in seiner Partei und für das Gemeinwohl. Mit solchen Gedanken - zusätzlich bestärkt durch eine mahnende Postwurfsendung seiner Landesvorsitzenden - machte sich der Genosse Heinrich Klein auf den Weg zu seinem Abteilungsvorsitzenden.

### Der erste Versuch

Ich möchte mitarbeiten, sagte Heinrich Klein in selbstverständlicher Unbefangenheit zum Abteilungsvorsitzenden. Dieser war - wie der Zufall so spielt - zugleich Kunkelboß der Gruppierung A und erläuterte dem Genossen Klein den Sinn und Ziel von Parteilarbeit. Wir stehen fest auf dem Boden des Godesberger Programms, sagte er. Es ist fein, daß Du Dich bei uns einbinden willst! In unserer Abteilung kommt es vor allem darauf an, die Genossen Müller, Meier und Krause aus der Gruppierung B zu verhindern. Du verstehst?! Heinrich Klein verstand nicht, denn er hatte vom Genossen Müller verschiedene gute Diskussionsbeiträge in Erinnerung, und der Genosse Krause war ihm sehr sympathisch, ohne daß er das näher begründen konnte. Augenzwinkernd fuhr der Vorsitzende fort: Wir stellen die Weichen bereits im Vorgespräch, am Sonntag, im engeren Freundeskreis. Du verstehst?! Wir haben hier schließlich die Mehrheit. Die können wir nicht aufs Spiel setzen. Was den Entscheidungsspielraum in der Kreisdelegierten-Versammlung anbetrifft - ja, weißt Du - den darfst Du nicht überschätzen. Da sind wir schließlich alle unausweichlich festgenagelt. Du verstehst?!

Der Genosse Heinrich Klein verstand abermals nicht. Und er beschloß darum, seinen ersten Versuch, noch bevor dieser eigentlich richtig begon-

nen hatte, als gescheitert zu betrachten.

#### Der zweite Versuch

Immerhin hatte Heinrich Klein ja von der Existenz der Gruppierung B erfahren. Sie verhielt Hoffnung, mußte der Ausweg sein. Und alsbald befand sich der Genosse Klein im Gespräch mit dem Kunkelboß dieser Gruppierung. Der klopfte ihm ermutigend auf die Schulter und sagte folgendes: Es ist fein, daß Du Dich nicht vom Vorsitzenden hast ködern lassen, Dich statt dessen zu uns bekennt! Die Tricks von denen kennen wir. Und überhaupt, die kloppen ihren Kurs schon immer vorher fest. Am Sonntag. Das gibt es bei uns nicht. Doch nun zu uns. Wir kunkeln Dienstags. Wir stehen fest auf dem Boden des Godesberger Programms. In unserer Abteilung kommt es vor allem darauf an, die Genossen Lehmann und Schulze aus der Gruppierung A zu verhindern. Das wirst Du einsehen.

Heinrich Klein konnte das nicht einsehen. Der Genosse Lehmann hatte neulich ein so vorzügliches Referat gehalten, und außerdem - er fand ihn sympathisch. Wir müssen in dieser Abteilung endlich Mehrheit werden, sagte der Kunkelboß B dann. Er sagte es energievoll, so daß ihm das pralle politische Engagement richtiggehend aus den Augen blitzte. Wir werden Dich nominieren! Du kannst auf freier Wildbahn kandidieren! Das ist natürlich ohne Chance. Aber es ist optisch gut für unseren Freundeskreis, wenn er eine üppige Kandidatenliste präsentiert. Das wirst Du einsehen.

Auch dieses wollte Heinrich Klein nicht einsehen. Im Gegenteil, ihm wurde zunehmend deutlich, daß auch sein zweiter Versuch gescheitert war.

#### Der dritte Versuch

Diese Partei, die seit über hundert Jahren stolz darauf ist, die Vielfalt der Meinungen in ihren Reihen zu sammeln, zu respektieren, sie umzusetzen in Synthese und letztlich in Aktion - sie wird doch auch dich ertragen und als hilfreich empfinden?! Das sagte sich Heinrich Klein und wagte einen dritten Versuch. Es fanden sich mehrere Genossen, die fühlten und dachten wie er. Sie nominierten ihn in der nächsten Hauptversammlung. Es wurde ein Fiasko. Er fiel als Unterkassierer durch, lag bei den Kreisdelegierten abgeschlagen an letzter Stelle und bekam selbst als Kassenrevisor nur wenige Stimmen. Wer wollte schon so einen tragen, dem es offensichtlich an Bekennermut mangelt?

Heinrich Klein war erfolgreich verhindert worden und suchte enttäuscht nach der Ursache. Er fand sie: Viele Genossen, die ihn hätten wählen können und vermutlich auch gewählt hätten - das wurde deutlich -, hatten lange vor ihm resigniert. Sie lernten Heinrich Klein nie kennen und hatten den Kontakt zur Partei inzwischen auf die politische Überweisung ihres Mitgliedsbeitrages beschränkt. Es blieb Heinrich Klein nichts weiter übrig, als auch seinen dritten Versuch als gescheitert zu betrachten.

Der Genosse Klein besucht jetzt nur noch selten eine Parteiversammlung. Er ist Mitglied geblieben. Er zählt seinen Beitrag und ist der Meinung, daß die Partei solche wie ihn nicht braucht. Im tiefsten Grunde seines Herzens jedoch ist er eigentlich immer noch, besser gesagt, fester als je zuvor, davon überzeugt, daß die Partei den Genossen Heinrich Klein braucht. Sie will es nur nicht erkennen. Noch nicht. (-/15.4.1976/Be/e/pr)

+ + +

---

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller